

CDU

Armin Laschets Aufbruch ins «Weiter so»

Angela Merkel ist das Kunststück gelungen, ein zweites Mal ihren Wunschkandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden und möglicherweise auch für ihre eigene Nachfolge als Kanzlerin durchzubringen. Die indirekte Wahlempfehlung der populären Regierungschefin hat beim digitalen Parteitag der CDU ihre Wirkung nicht verfehlt. Auf Annegret Kramp-Karrenbauer folgt also Armin Laschet. Dass der umgängliche Rheinländer Laschet mehr Glück haben wird in seinem Amt als seine Vorgängerin, ist anzunehmen. Die CDU ist eine Partei der Macht, an Führungskrisen findet sie anders als die Linke wenig Gefallen. Laschets Wahl ist zugleich ein Spiegelbild der deutschen Befindlichkeit. Einen drängenden Wunsch nach einer politischen Wende gibt es nicht. Die Mehrheit der Deutschen möchte von der Mitte aus und möglichst schmerzfrei regiert werden. Laschet steht für diesen Kurs. Ob dieser ihn nach der Bundestagswahl im September auch ins Kanzleramt führt, bleibt freilich offen. Legt der neue, bisher als wenig führungsstark wahrgenommene CDU-Chef in den Umfragen nicht bald deutlich zu, läuft die Kanzlerkandidatur auf den bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder von der Schwesterpartei CSU zu. Dieser ist auf Mitte und Konsens getrimmt wie Laschet, aber dafür lauter. *Markus Bernath*

Identitätspolitik

Beim Casting gibt es kein Gebot politischer Korrektheit

Die Rolle eines schwulen Mannes, so befand diese Woche der britische Produzent und Drehbuchautor Russell T Davies, dürfe nur ein schwuler Schauspieler spielen. Vor einiger Zeit brach eine gehässige Kampagne los, als die Schauspielerin Scarlett Johansson einen Transmann spielen sollte und wollte. Johansson verzichtete schliesslich. Selbstverständlich dürfen Filmemacherinnen und Filmemacher die Rollen in ihren Werken so besetzen, wie sie es künstlerisch für richtig halten. Wird die authentische Rollenbesetzung aber zum Dogma politischer Korrektheit erhoben, müssten auch Mörder von Mördern und Alkoholikerinnen von Alkoholikerinnen gespielt werden. Den Unsinn einer solchen Regel hat nun ausgerechnet eine Serie gezeigt, welche die Rollenbesetzung ebenfalls zum politisch korrekten Statement gemacht hat. In der Serie «Bridgerton» über englische Adelige im frühen 19. Jahrhundert ist der Anteil schwarzer Darstellerinnen überdurchschnittlich gross, auch die Königin ist schwarz. Farbenblindes Casting heisst das Konzept. Und es ist richtig. Natürlich dürfen Schwarze Weisse und Heteros Schwule spielen. Und umgekehrt. Schauspielerei ist die Kunst der Darstellung eines anderen Lebens. *Thomas Isler*

Covid-19

So schnell wie möglich impfen

Die Kantone haben Tausende Dosen Impfstoff an Lager, mancherorts gehen die Impfungen schleppend voran. Dass der Bund nun darüber nachdenkt, den Verteilschlüssel anzupassen und Kantone mit eingespielter Struktur bei den Lieferungen zu bevorzugen, ist folgerichtig und begrüssenswert. Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass geimpft wird, sobald Serum da ist. Ein Wettbewerb unter den Kantonen hilft dabei, das erste wichtige Etappenziel zu erreichen: alle Risikopatienten bis Ende Februar geimpft zu haben. Natürlich ist es ärgerlich für Bewohner langsamer Kantone, dass sie womöglich länger warten müssen. Aber das ist der Preis, den wir als Gesellschaft bezahlen müssen, damit es endlich schneller vorwärtsgeht. *Franziska Pfister*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Sehnsucht nach Versöhnung, Drang nach Vergeltung

In Amerikas Kultur ist Vergebung ebenso tief verwurzelt wie Rache. Die Demokraten und ihr neuer Präsident sollten auf Ersteres setzen, auch aus politischer Klugheit, meint Claudia Franziska Brühwiler

Am 2. Oktober 2006 drang in Nickel Mines, einem Dorf in Pennsylvania, ein zuvor unbescholtener Familienvater in eine Primarschule ein und tötete fünf Mädchen, bevor er seine Waffe gegen sich selbst richtete. Die Bluttat erschütterte die USA - die Folgen verwunderten das Land: Die Eltern der Opfer und deren Gemeinde vergaben dem Täter, unterstützten dessen Hinterbliebene und spendeten ihnen Trost. Was Journalisten als Wunder beschrieben, erachteten die Angehörigen als Notwendigkeit, gar als ihre Pflicht. Denn: Als Amische glauben sie, dass Gott ihnen nur vergeben wird, wenn sie zuerst anderen vergeben. Dem Begriff der Vergebung wohnt die Gabe inne, auch im englischen *forgive* klingt das Geben, *give*, mit. Und gerade mit dieser urchristlichen Idee tat und tut sich eine Nation schwer, die sich gerne als eins unter Gott betrachtet. Zwar zählt es schon fast zum Inventar politischer Rituale, dass reuige Sünder wie der mittlerweile vorbestrafte ehemalige Kongressabgeordnete Anthony Weiner vor versammelter Presse um Gnade bitten. Doch während sich die amerikanische Öffentlichkeit gegenüber sündigen Individuen gerne in Grossmut übt, bereitet es ihr Mühe, wenn Vergebung - und eine spätere Versöhnung - einer Konfrontation mit der Fehlbarkeit als Nation gleichkommt. Während der gewählte Präsident Joe Biden einen Heilungsprozess in Gang bringen will, suchen seine Parteigenossen ihr Heil nicht in der Vergebung, sondern in der Vergeltung und folgen damit Amerikas Gerechtigkeitskultur. Denn diese ist bestimmt von *retribution*, Vergeltung eben. Der politische Liberalismus basiert unter anderem auf der Behauptung und Verteidigung individueller Rechte, was im Widerspruch steht zu einem kollektiven Verzicht auf dieselben. Recht muss eingefordert, muss gesprochen werden, muss gelten. Zugleich erlaubt ein solcher Rechtsanspruch, das schmerzhaft Kapitel - vermeintlich - zu

schliessen und die Welt zweizuteilen, auf dass sich siegreiche Kläger und Richter auf der berühmten sogenannten richtigen Seite der Geschichte wähen dürfen. Niemandem war dieser amerikanische Drang nach Vergeltung bewusster als jenem Mann, der unter den wohl schwierigsten Umständen eine Antrittsrede vorbereiten musste - und heute vielleicht Joe Biden zum Vorbild gereichen wird: Abraham Lincoln, der erste republikanische Präsident. Als er am 4. März 1865 vor die Bürger in Washington DC trat, zeichnete sich das Ende des blutigsten Krieges in der amerikanischen Geschichte ab; das Ziel seiner Regierung, die Wahrung bzw. Wiederherstellung der Union, war fast erreicht. Gleichzeitig regte sich in der Bevölkerung der Nordstaaten der Wunsch nach Konsequenzen für die Gegenseite. Diesem Wunsch mochte Lincoln nicht entsprechen. In einer der berühmtesten Antrittsreden definierte Lincoln seine Vision Amerikas, in

der beide Seiten als Kriegsüberlebende zusammenarbeiten müssten. Statt von Siegern und Besiegten sprach er von zwei Parteien, die im Kampf gegeneinander den gleichen Gott angerufen hatten und sich letztlich als moralisch Gleiche begegnen. Entsprechend auferlegte Lincoln Amerika die Pflicht, anderen versöhnlich zu begegnen: «Mit Groll gegen niemanden, mit Nächstenliebe für alle (...) müssen wir uns anstrengen, (...) die Wunden unserer Nation zu heilen (...)» Natürlich sollte auch Lincolns Vision des Wiederaufbaus der Nation, der sogenannten *reconstruction*, keine bedingungslose Versöhnung vorsehen, doch war sie befreit von Rachedgedanken. Natürlich war die *reconstruction* weder ein Lehrstück in Versöhnungspolitik, noch taugte sie als tragfähiger Boden für eine nationale Erzählung einer multiethnischen Union. Trotzdem - oder gerade deshalb - hallen die berühmten Zeilen nach. Fast hundert Jahre später würde mit Martin Luther King ein Mann auf den Stufen des Lincoln Memorial sprechen, der den Willen zur Vergebung als Grundhaltung bezeichnete, ohne die Versöhnung unmöglich sei. Niemand will, dass der aktuelle Sünder im Weissen Haus irdischen Richtern entkommt. Wer als Präsident indessen die Heilung einer gespaltenen, traumatisierten Nation anstrebt, kann sich kaum einen Akt der Vergeltung im politischen Verfahren wünschen. Nicht nur würde dieser die Gräben vertiefen, er würde auch alle - und gerade die Republikaner - der Pflicht entbinden, mit sich selbst ins Gericht zu gehen. Die Familie des Täters von Nickel Mines konnte in ihrem angestammten Zuhause bleiben, weil ihr die Hinterbliebenen der Opfer verziehen und eine aktive Nachbarschaft pflegten. Die Amischen behaupteten nie, dass ihnen diese Haltung immer leichtgefallen sei. Versöhnung und Vergebung bedingen Aufarbeitung - und wer Gnade annimmt, bekennt sich schuldig.

Claudia Franziska Brühwiler



Claudia Franziska Brühwiler, 38, ist promovierte Staatswissenschaftlerin und Privatdozentin für American Studies / Amerikanistik an der Universität St. Gallen. In ihrer Forschung befasst sie sich mit der amerikanischen konservativen Bewegung, amerikanischer politischer Kultur sowie mit der Beziehung von Politik und Literatur.